

Care und Grundeinkommen: Oder: Postpatriarchal gedacht macht das bedingungslose Grundeinkommen Sinn

Praetorius, Ina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Praetorius, I. (2014). Care und Grundeinkommen: Oder: Postpatriarchal gedacht macht das bedingungslose Grundeinkommen Sinn. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 34(134), 99-111. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-57429-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ina Praetorius

Care und Grundeinkommen

Oder: Postpatriarchal gedacht macht
das bedingungslose Grundeinkommen Sinn

Wer in einer direkten Demokratie mit einem Anliegen Erfolg haben will, muss es so formulieren, dass es möglichst alle verstehen. Schließlich braucht es eine beträchtliche Zahl beglaubigter Unterschriften, damit eine Volksinitiative eingereicht werden und ein paar Jahre später „vors Volk kommen“ kann. Auch die „Eidgenössische Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen“, die wir im April 2012 lanciert und am 4. Oktober 2013 eingereicht haben, war mit diesem Anspruch konfrontiert. Viele hundert Tage haben AktivistInnen auf Strassen, Plätzen und in Veranstaltungen zugebracht, um Menschen, die vom „BGE“ noch nie etwas gehört hatten, die Idee nahezubringen.¹ Am „Sozial- und Umweltforum Ostschweiz“² im Mai 2012 zum Beispiel gab es einen gut besuchten Workshop zum Thema. Im Programmheft für das vorwiegend jugendliche Publikum war er so ausgeschrieben: „Das Grundeinkommen ist nicht Lösung aller Probleme. Es könnte lediglich Teil einer neuen Ausgangslage sein: Damit in der Wirtschaft alle mitmachen können, die wollen, und keiner mitmachen muss, der nicht will. Das macht nicht nur mehr Spass, sondern unsere Gesellschaft erst noch effizienter...“³

Der Workshopanbieter, Ökonom und Mitglied des Initiativkomitees, signalisiert hier Volkstümlichkeit und schon im ersten Satz Gesprächsbereitschaft: das Grundeinkommen soll nicht als Allheilmittel propagiert, sondern als „Teil einer neuen Ausgangslage“ verstanden werden. So weit so gut. Dieser kleine Text in

1 Mehr dazu: Ina Praetorius, Erbarmen. Unterwegs mit einem biblischen Wort, Gütersloh 2014, 2. Kapitel.

2 [http://www.sufo.ch/\(29/07/14\)](http://www.sufo.ch/(29/07/14)).

3 Programmheft des SUFO 2012, 10.

lockerer Jugendsprache eröffnet nun allerdings auch in seltener Direktheit den Zugang zu einem Problem, das die Grundeinkommensdebatte bis heute begleitet: einem ungeklärten Verständnis von „Wirtschaft“ – und damit des menschlichen Zusammenlebens. Meine Frage heißt: Sind wir denn frei, in der Wirtschaft „mitzumachen“ oder uns aus ihr zu verabschieden? *Welche* Wirtschaft ist hier gemeint?

Wirtschaft: Arbeitsteilige Bedürfnisbefriedigung

Wer ein beliebiges Lehrbuch der Ökonomie aufschlägt, findet fast sicher auf einer der ersten Seiten eine Definition, die sich auf die Tatsache bezieht, dass Menschen bedürftig sind. Zum Beispiel heißt es da, Ökonomie sei die „gesellschaftliche Veranstaltung zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse der Lebenserhaltung und der Lebensqualität.“⁴ Oder: „Es ist Aufgabe der Wirtschaftslehre zu untersuchen, wie die Mittel zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse am sinnvollsten hergestellt, verteilt und ge- oder verbraucht werden.“⁵

Nehme ich solche Definitionen zum Maßstab, sind Menschen *nicht* frei zu entscheiden, ob sie in der Wirtschaft „mitmachen“ wollen oder nicht. Denn es gibt keine nicht bedürftigen Menschen, weshalb die Entscheidung, in der „gesellschaftlichen Veranstaltung zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse“ nicht „mitzumachen“, einem Selbstmord gleichkäme. Zwar hat man immer wieder versucht, den unabhängigen Menschen zu konstruieren, zum Beispiel als Robinson Crusoe, als „sich selbst setzendes Subjekt“⁶ der europäischen Aufklärung oder als den *Self made Man* der Marlboro Werbung. Alle drei sind Fiktion.

Die Reduzierung des Wirtschaftens auf geldvermitteltes Tauschen

Der zitierte Workshop-Ausschreiber ist, allen bedürfnisbasierten Lehrbuchdefinitionen zum Trotz, mit seiner Vorstellung, man könne in der Wirtschaft „mitmachen oder nicht“, aber keineswegs allein. Im Gegenteil: Er schließt sich dem *Mainstream* der Wirtschaftswissenschaften an, weshalb auch niemand aus dem Redaktionsteam des SUFO auf die Idee gekommen zu sein scheint, eine Korrektur des verräterischen Halbsatzes zu verlangen.

4 Peter Ulrich, *Integrative Wirtschaftsethik. Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie*, Bern/Stuttgart/Wien 1998, 4. Aufl. 2008, 11.

5 Günter Ashauer, *Grundwissen Wirtschaft*, Stuttgart 1973, 5.

6 Vgl. z.B. Christina Schües, *Philosophie des Geborensseins*, München 2008, 95-169.

Auch die Autoren der Lehrbücher verkürzen nämlich ihren Gegenstandsreich, nachdem sie ihn zunächst als arbeitsteilige Bedürfnisbefriedigung definiert haben, auf den folgenden Seiten unvermittelt und unmotiviert auf eine bestimmte institutionelle Sphäre: auf den vom Staat mehr oder weniger regulierten und ergänzten „freien“ Markt. So schreibt Peter Ulrich auf Seite 133 seiner „Integrativen Wirtschaftsethik“: „Integrative Vernunftethik des Wirtschaftens zielt [...] auf eine Wirtschaftsethik [...] der Marktwirtschaft.“⁷ Dass die Ökonomen mit diesem Sprung in die Sphäre der geldvermittelten Tauschakte viel reale Bedürfnisbefriedigung, je nach Berechnung mehr als die Hälfte,⁸ überspringen, sollte nach vierzig Jahren Care-Ökonomie eigentlich bekannt sein: Sie lassen all die Bereiche des menschlichen Zusammenlebens außen vor, in denen Bedürfnisse (auch) *ohne den Umweg über das Tauschmittel Geld* befriedigt werden, insbesondere die Privathaushalte, dazu viele Sphären, in denen Geld zwar eine gewisse, nicht aber die dominante Rolle spielt: Nachbarschaftshilfe, bäuerliche Subsistenzwirtschaft,⁹ ehrenamtliche Tätigkeiten und mehr. Ohne eine plausible Erklärung zu liefern, setzt die noch immer gängige Ökonomie Bedürfnisse also mit dem gleich, was sie „Nachfrage“ nennt: mit denjenigen speziellen Bedürfnissen, die auf dem Markt als Bestandteile von monetär vermittelten Tauschgeschäften in Erscheinung treten. Bedürfnisse, die sich nicht in dieser Form verständlich machen, darunter alle, die von menschlichen Neuankömmlingen geäußert werden, kommen entweder nicht vor oder werden kurzerhand der Konsumsphäre oder, etwa von Peter Ulrich, der „Lebenswelt“¹⁰ zugeordnet, und damit einem Bereich, in dem es angeblich nicht um Ökonomie, sondern um „Sinnfragen“¹¹ geht. Wer hätte aber als Säugling in einer Welt überlebt, in der sein oder ihr lautstark geäußertes Durst mit einem Diskurs über den Sinn des Lebens beantwortet worden wäre?

7 Peter Ulrich a.a.O. (Anm. 4), 133.

8 Vgl. z.B. Gender & Care. Cutting Edge Pack, IDS Institute of Development Studies January 2009 [http://www.bridge.ids.ac.uk/go/bridge-publications/cutting-edge-packs/gender-and-care/\(29/07/14\)](http://www.bridge.ids.ac.uk/go/bridge-publications/cutting-edge-packs/gender-and-care/(29/07/14)).

9 Vgl. dazu z.B. Bettina Dyttrich, Was hat Landwirtschaft mit Care-Ökonomie zu tun? In: *Neue Wege* 2/2012, 34-40.

10 Der ursprünglich aus der Phänomenologie Edmund Husserls stammende Begriff der „Lebenswelt“ wurde insbesondere von Jürgen Habermas aufgenommen und, weitgehend in Kontinuität zur beschriebenen hierarchisierenden Zweiteilung dem „System“ gegenübergestellt. Vgl. z.B. Jürgen Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt am Main 1988, 344-379.

11 Peter Ulrich a.a.O. (Anm.4) 224-235.

Zweiteilung und Ausblendung

Wie kommt es zu dieser Ausgrenzung nicht geldvermittelter Bedürfnisbefriedigung und der entsprechenden Einschränkung des Gegenstandsreichs der Ökonomie? Die Ursprünge der androzentrischen symbolischen Ordnung,¹² die sich hier manifestiert, liegen weit zurück: Schon in der griechischen Antike hat man den *Oikos* – den Großhaushalt – konzeptionell hierarchisierend von der *Polis* – dem „demokratisch“ organisierten Staatswesen – getrennt. In seiner „Politik“, einem der einflussreichsten Werke der westlichen Geistesgeschichte, entwickelt Aristoteles das in seiner Gegenwart bereits realisierte, wenn auch immer wieder umstrittene soziale Arrangement zu einer geschlossenen symbolischen Ordnung, in der durchgehend zwischen „höheren“, mit Männlichkeit, Freiheit und reinem Geist konnotierten und „niederen“, abhängigen, „weiblich“-materialien¹³ Sphären unterschieden wird:

„[...] jeder Staat ist aus Häusern zusammengesetzt [...] (denn ohne die notwendigen Güter kann man weder leben noch vollkommen leben). [...] Das vollständige Haus setzt sich aus Sklaven und Freien zusammen. [...] Der Mensch, der seiner Natur nach nicht sich selbst, sondern einem anderen gehört, ist von Natur ein Sklave. [...] Desgleichen ist das Verhältnis des Männlichen zum Weiblichen von Natur so, dass das eine besser, das andere geringer ist, und das eine regiert und das andere regiert wird. [...] Es ist also klar, dass es von Natur Freie und Sklaven gibt und dass das Dienen für diese zuträglich und gerecht ist. [...] Die Hausverwaltung ist eine Monarchie – denn jedes Haus wird von einem Einzigem regiert -, die Staatsverwaltung ist dagegen eine Herrschaft über Freie und Gleichgestellte [...]. Die Wissenschaft des Herrn ist [...] diejenige die die Sklaven zu verwenden weiß. [...] Wer es sich [...] leisten kann, bei dem übernimmt ein Verwalter dieses Amt, und die Herren treiben Politik oder Philosophie.“¹⁴

Aristoteles ordnet im Rahmen dieser durchdringenden, bis in unsere Gegenwart wirksamen Dichotomisierung den Haushalt als Bereich der Bedürfnisbefriedigung einer höheren Sphäre unter, die nur „freien“ einheimischen Männern zugänglich ist. Von den Polisbürgern, die jeweils einen Haushalt kontrollieren, unterscheiden sich die im Haushalt Arbeitenden – Ehefrauen, Kinder, Sklavinnen, Sklaven und Haustiere – „von Natur“: sie sind ihrem Wesen nach zum Dienen bestimmt und in unterschiedlichem Grad abhängig, während der Hausherr im-

12 Vgl. dazu Ina Praetorius, *Handeln aus der Fülle. Postpatriarchale Ethik in biblischer Tradition*, Gütersloh 2005, 59-71 sowie die dort angegebene Literatur.

13 *Materia* von gr. *meter*/Mutter.

14 Aristoteles, *Politik*, übersetzt und herausgegeben von Olof Gigon, München 1973, 50-56.

mer schon versorgt und daher „frei“ ist, das heißt: die Menschen und Tiere, die im Dienste der Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig sind, souverän verwaltet – oder nur noch „Politik und Philosophie“ treibt: eine Politik und Philosophie, die sich je länger je ausschließlicher mit den Sphären einer quasi-bedürfnislosen Freiheit befasst und „den Menschen“ allmählich mit dem erwachsenen, besitzenden, wohlversorgten männlichen Staatsbürger gleichsetzt¹⁵ – bis hin zu Adam Smiths „Wohlstand der Nationen“, Karl Marx' „Kapital“¹⁶ und darüber hinaus.

Um sich zu vergegenwärtigen, wie die hierarchisierende Zweiteilung des Zusammenlebens – aller Aufklärung und allen Bekenntnissen zur unverlierbaren Menschenwürde zum Trotz – bis in die (Post-)Moderne weiterwirkt, genügt ein Blick auf das Motto „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der Französischen Revolution oder die Struktur der „großen“ Monotheismen, allen voran des römischen Katholizismus und einschließlich der säkularen Religion des Neoliberalismus, die unzählige, vor allem weibliche arbeitende Hände kurzerhand in der quasi-göttlichen Instanz der „Unsichtbaren Hand des Marktes“ unterbringt.

Wörtlich aus dem Altgriechischen übersetzt bedeutet Ökonomie „Gesetz des Haushalts“.¹⁷ Ursprünglich bezog sich der Begriff auf die abhängige Sphäre der Befriedigung „niederer“, da vorwiegend körperlicher Bedürfnisse, die ein freier, dem vermeintlich bedürfnislosen „Geist“ verpflichteter Mann nur als Konsument oder Verwalter betritt. Im Zuge der Weiterentwicklung der androzentrischen Ordnung hat sich die Ökonomie selbst zweigeteilt in einen höheren, sichtbaren, theoriewürdigen Bereich des geldvermittelten Tauschens und eine verschwiegene, seit der Romantik zuweilen sentimentalisierte, inzwischen aus dem *Mainstream* der Wirtschaftswissenschaft weitgehend ausgeblendete oder nur noch als „Konsumsphäre“ wahrgenommene „Lebenswelt“: Heute betreiben „die Herren“ – zu denen sich im Zuge egalitaristisch argumentierender Frauenbewegungen einige Herrinnen (von Care-Migrantinnen)¹⁸ gesellt haben – nicht mehr nur, wie im antiken Athen, „Politik oder Philosophie“, sondern zusätzlich eine pseudo-öko-

15 Ina Praetorius, *Anthropologie und Frauenbild in der deutschsprachigen protestantischen Ethik seit 1949*, Gütersloh 1993, 2. Aufl. 1994 sowie die dort angegebene Literatur.

16 Eine detaillierte Analyse des Marx'schen Androzentrismus findet sich z.B. in Christel Neusüß, *Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander*, Hamburg 1985.

17 *Oikos* gr. Haus, Haushalt, *nomos* gr. Gesetz, Regel.

18 Vgl. zum globalen Problem des Care-Drain z.B. Maria S. Rerrich, *Die ganze Welt zu Hause. Cosmopolite Putzfrauen in privaten Haushalten*, Hamburg 2006.

nomische Theorie, die entgegen der eigenen Basisdefinition und wider besseres Wissen „nur zählt, was Geld einbringt.“¹⁹ Die zitierte Workshoppauschreibung, der zufolge man in der Wirtschaft „mitmachen“ kann oder nicht, ist nichts weiter als eine Übersetzung dieses verkürzten Ökonomiebegriffs in jugendgerechte Sprache. Postpatriarchal formuliert hätte sie so heissen müssen:

„Das Grundeinkommen ist nicht Lösung aller Probleme. Es könnte lediglich Teil einer neuen Ausgangslage sein: *Damit in der Wirtschaft alle das tun können, was gleichzeitig den gegebenen Notwendigkeiten und ihren unverwechselbaren Fähigkeiten und Wünschen entspricht.* Das macht nicht nur mehr Spass, sondern unsere Gesellschaft erst noch effizienter...“

Wirklichkeit und Fernsehen

Dass der vorerst ungelöste Widerspruch zwischen einem bedürfnisbasierten und einem androzentrisch verengten Verständnis von Ökonomie bis in die jüngste Gegenwart weiter wirkt, wurde und wird (nicht nur) in der Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen immer wieder sichtbar. Dieser Widerspruch hat zum Beispiel eine Geschichte hervorgebracht, die als paradigmatisch für den Zustand gelten kann, den ich „das postpatriarchale Durcheinander“²⁰ nenne und die ich deshalb ausführlich erzählen will:

Am Freitag, 27. April 2012, widmete das Deutschschweizer Fernsehen seine wichtigste innenpolitische Debattensendung, die „Arena“, dem bedingungslosen Grundeinkommen.²¹ Zwei Gegner der Volksinitiative, ein Journalist und ein Gewerkschafter, traten gegen zwei Befürworter, ein Mitglied des Initiativkomitees und einen Soziologieprofessor, an. Der Moderator eröffnete die Debatte mit diesem Satz: „Jeden Monat ein Einkommen von 2500 Franken, das für alle und ... *ohne etwas zu arbeiten.* Das ist die Idee einer neuen Initiative...“ Die Sendung dauerte 75 Minuten. Männer nahmen 72 Minuten Redezeit in Anspruch, Frauen drei Minuten. Nach zehn Minuten wurde, um das Projekt Grundeinkommen zu verdeutlichen, eine Graphik eingeblendet. Eine männliche Silhouette kom-

19 Vgl. schon Silvia Kontos, Karin Walser, ...weil nur zählt, was Geld einbringt. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen-Berlin-Stein 1979.

20 Vgl. Ina Praetorius, Wir kommen durch einander. Eine Passage, in: Dies., Rainer Stöckli Hgg, Wir kommen nackt ins Licht, wir haben keine Wahl. Das Gebären erzählen, das Geborenwerden, Herisau 2011, 195-221; Vgl. auch Art. „Durcheinander“ in Ursula Knecht ua., ABC des guten Lebens, Rüsselsheim 2012, 52-54.

21 [http://www.grundeinkommen.ch/grundeinkommen-in-der-arena-des-schweizerfernsehen/\(29/07/14\)](http://www.grundeinkommen.ch/grundeinkommen-in-der-arena-des-schweizerfernsehen/(29/07/14)).

mentierte man mit diesem Satz: „Jemand, der 10.000 Franken verdient, erhält im neuen System 2500 Franken Grundeinkommen und 7.500 Franken Lohn.“²² Dann erschien eine weibliche Silhouette, begleitet von diesem Text: „Wer *nicht arbeitet*, bekommt, *ohne etwas zu tun*, 2.500 Franken.“²³

Die lebhaft entwickelte Debatte entwickelte sich um ein angenommenes Gegenüber von Erwerbsarbeit, die man durchgehend einfach „Arbeit“ nannte, und freier Selbstverwirklichung im Ehrenamt. Dass der größere Teil der Arbeit ohne finanzielle Anreize, aber keineswegs im Sinne freier Selbstverwirklichung, sondern einer Logik der Notwendigkeit folgend geleistet wird, wurde zwar zweimal kurz erwähnt, ging aber in Wortgefechten zum Beispiel um die Frage unter, ob es sich beim Grundeinkommen um ein „kommunistisches Projekt“ handle.²⁴ Die von den Gegnern der Initiative mehrfach in den Raum gestellte Behauptung, Menschen, die kein Geld verdienen, leisteten *nichts* und müssten mittels finanzieller Anreize zum „Arbeiten“ angehalten werden, blieb weitgehend unwidersprochen. Gegen Ende der Diskussion äußerte ein Mann aus dem Publikum die „Vision, [...] das bedingungslose Grundeinkommen werde (dereinst wohl) maßgeblich von den Frauen eingeführt [...]“. Damit meinte er allerdings nicht, dass Frauen, da sie heute einen großen Teil der notwendigen Bedürfnisbefriedigung unbezahlt leisten, ein besonderes Interesse an einer neu organisierten Existenzsicherung haben könnten, sondern dass sie ein „besseres Gefühl für die Wirklichkeit“ hätten.²⁵ Die vier unvorbereiteten Frauen, denen der Moderator daraufhin jeweils für einige Sekunden das Wort erteilte, sahen sich genötigt, gegen diese konventionelle Zuschreibung, die allgemeine Heiterkeit ausgelöst hatte, Einspruch zu erheben, was zur Folge hatte, dass es in ihren Voten weder um die *Bedürftigkeit aller* noch um die Bewertung des Projekts Grundeinkommen, sondern um die Frage ging, ob Frauen gefühlvoller seien als Männer.

Nachdem ich mir die Sendung angesehen hatte, legte ich mich mit einem längst eingeübten Gefühl schlafen: „Da kann man halt nichts machen“. Trotz feministischer Hausarbeitsdebatte, trotz Frauenstreiktag²⁶ und vierzig Jahren

22 Ebd. Minute 10.

23 Ebd. Minute 10.15.

24 Ebd. Minute 34, 36f.

25 Ebd. Minute 64f.

26 Am 14. Juni 1991 riefen der Schweizerische Gewerkschaftsbund und zahlreiche Schweizer Frauenorganisationen zum zehnten Jahrestag des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung und im Rahmen der Feierlichkeiten „700 Jahre Eidgenossenschaft“ zu einem vielbeachteten Frauenstreiktag auf.

Care-Ökonomie, trotz Zeitbudgetstudien und der Einführung eines Moduls „Unbezahlte Arbeit“ in die Schweizer Bundesstatistik²⁷ scheint die Tatsache, dass viel mehr Frauen als Männer täglich unser aller Wohlbefinden diesseits des scheinbar umfassend geltenden Prinzips „Lohn für Leistung“ erarbeiten, die breitere Öffentlichkeit nicht erreichen zu wollen. Fast ein Jahr später allerdings, am 6. März 2013, veröffentlichte die höchste Medienkontrollinstanz der Schweiz ein überraschendes Urteil: Sie hatte einer Zuschauerin, Martha Beéry-Artho, die sich in aller Form über die mangelnde Sachgerechtigkeit der Fernsehsendung beschwert hatte, einstimmig Recht gegeben. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Angesichts der Bedeutung ... von unbezahlter Arbeit, namentlich in den privaten Haushalten und der Familie, welche das Bundesamt für Statistik im Statistischen Lexikon der Schweiz quantifiziert hat [...], stellt dieser Gesichtspunkt im Rahmen des Themas der beanstandeten Sendung keinen Nebenpunkt dar. Es geht dabei [...] um einen zentralen Aspekt der Initiative, welcher die ganze Bevölkerung und ganz besonders die in diesem Bereich viel stärker engagierten Frauen betrifft. Dessen weitgehende Auslassung hat die Meinungsbildung des Publikums über die Initiative 'Für ein bedingungsloses Grundeinkommen' erheblich beeinträchtigt. Die fehlende Transparenz diesbezüglich wirkte sich vor allem auch angesichts des fehlenden Vorwissens des Publikums zur Initiative negativ auf die Meinungsbildung aus.“²⁸

Die „Unabhängige Beschwerdeinstanz Radio und Fernsehen“ (UBI) hält mit diesem Urteil fest, dass der größte Wirtschaftssektor in einer Fernsehsendung, die sich mit der Zukunft des Zusammenlebens befasst, „keinen Nebenpunkt“ darstellen darf. Nichts könnte, sachlich betrachtet, unspektakulärer sein, denn wer über Arbeit, Einkommen, Existenzsicherung, Bedürfnisse, wer also über Wirtschaft spricht, sollte über die *ganze* Wirtschaft²⁹ sprechen. Andernfalls beeinträchtigt er die Meinungsbildung. Angesichts des aktuellen Diskussionsstands, der sich in der beanstandeten Sendung spiegelt, ist das Urteil dennoch epochal.

27 http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/regionen/thematische_karten/gleichstellungsatlas/unbezahlte_arbeit.html (29/07/14)

28 Unabhängige Beschwerdeinstanz Radio und Fernsehen (UBI), Entscheid vom 19. Oktober 2012 http://www.ubi.admin.ch/x/b_656.pdf (29/07/14)

29 Der Begriffe des „Ganzen der Arbeit“ und des „Ganzen des Wirtschaftens“ stammen von Adelheid Biesecker. Vgl. z.B. Adelheid Biesecker, Arbeitsteilung und das Ganze des Wirtschaftens, – die Produktivität sozio-ökonomischer Vielfalt, in: Hans G. Nutzinger, Martin Held Hgg. Geteilte Arbeit und ganzer Mensch. Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/New York 2000, 204-225.

Ich habe mich in den folgenden Wochen und Monaten nahezu erfolglos bemüht, dem Initiativkomitee und den Medien zu vermitteln, dass es sich beim Urteil der Beschwerdeinstanz um ein bemerkenswertes Ereignis handelt, das öffentlich wahrgenommen und diskutiert werden sollte.³⁰ Starjournalisten, Redakteurinnen und Grundeinkommensaktivisten fühlten sich gleichermaßen belästigt und gaben mir zu verstehen, es sei nicht ihre Aufgabe, für „mehr Frauen im Fernsehen“³¹ zu sorgen. Der Einwand, Sachgerechtigkeit lasse sich nicht durch „mehr Frauen“, sondern nur durch korrekte Analysen erreichen, traf auf hektisch taube Ohren. Die Mehrheit des Initiativkomitees entschied sich gegen eine öffentliche Stellungnahme zugunsten des Urteils der Beschwerdeinstanz,³² weshalb ich Ende März 2013 aufhörte, Unterschriften für die Volksinitiative zu sammeln, was für ein Mitglied eines Initiativkomitees durchaus ungewöhnlich ist.

Die Fernsehgesellschaft zog den Fall vors höchste Gericht. Am 11. Oktober 2013, nachdem am 4. Oktober die Initiative in Bern eingereicht worden war, gab das Schweizerische Bundesgericht der Fernsehgesellschaft Recht und hob das Urteil der Beschwerdeinstanz wieder auf. Diese Geschichte ist paradigmatisch nicht nur hinsichtlich der horrenden Fehlinformiertheit „großer“ Medien und des ernüchternden vorläufigen Ausgangs. Wichtiger ist, dass eine unbeirrbar Beschwerdeführerin zumindest in der ersten Instanz einstimmig Recht bekommen hat. Diesen zweiten Akt des Dramas werde ich nicht als retardierendes Moment in einer letztlich schicksalhaft in patriarchaler Unbelehrbarkeit endenden Tragödie, sondern als signifikante Etappe im sich vollziehenden postpatriarchalen Paradigmenwechsel und als Ausblick auf eine Zukunft, in der nicht nur Einzelkämpferinnen, sondern das Bewusstsein der Mehrheit von einer integrativen Wirtschaftstheorie bestimmt sein werden, die den Namen verdient. Für diese Zukunft schon jetzt Gestaltungsideen zu entwickeln, ist der Sinn postpatriarchalen Denkens.

30 Vgl. Kategorie „BGE-Gespräche“ auf DurchEinAnderBlog ab 11. Mai 2013 [http://inabea.wordpress.com/2013/04/20/ab-jetzt-ist-es-nicht-mehr-moglich-geschlechts-neutral-uber-das-grundeinkommen-zu-sprechen/\(11/08/14\)](http://inabea.wordpress.com/2013/04/20/ab-jetzt-ist-es-nicht-mehr-moglich-geschlechts-neutral-uber-das-grundeinkommen-zu-sprechen/(11/08/14))

31 Vgl. BGE-Gespräch vom 14. August 2013 <http://inabea.wordpress.com/2013/08/14/wirtschaft-ist-care/> (29/07/14)

32 Die vorgeschlagene Stellungnahme wurde nach ihrer Ablehnung durch das Initiativkomitee im Internet publiziert: [http://abcdesgutenlebens.wordpress.com/aktuelles/erklaerung-sorgearbeit/\(29/07/14\)](http://abcdesgutenlebens.wordpress.com/aktuelles/erklaerung-sorgearbeit/(29/07/14))

Feministische Einwände gegen das bedingungslose Grundeinkommen

Dass sich angesichts des Diskussionsstandes, den die Arenasendung vom 27. April 2012 spiegelt, feministischer Widerstand gegen die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens regt, ist nur allzu berechtigt. In der Schweiz hat sich dieser Widerstand bis heute vor allem in einer weitgehenden Verweigerungshaltung der Frauenverbände gegenüber der Volksinitiative und in einem Diskussionspapier der Organisation WIDE (Women in Development Europe)³³ manifestiert. In diesem Papier begründen neun Autorinnen ihre Zweifel daran, dass „ein BGE Frauen von ihrer gesellschaftlichen Rollenzuteilung“ entlasten und „ihre Positionen auf den Erwerbsarbeitsmärkten“(1) verbessern wird.

Nachdem die Autorinnen zu Recht festgestellt haben, dass „Geschlechterhierarchien hinsichtlich der Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit“ mit einem geschlechterblinden BGE womöglich „weiter zementiert würden“ (3), weil das BGE ohne einen erneuerten Geschlechtervertrag als Hausfrauenlohn missverstanden würde, argumentieren sie, ausdrücklich beschränkt auf die aktuellen „schweizerischen Realitäten“ (4), alternativ zugunsten einer „verstärkten Erwerbsorientierung von Frauen“ (3). Begründet wird diese Position einerseits mit dem Wunsch nach Kontinuität zur bisherigen Politik egalitaristisch orientierter Frauenbewegungen – „Heute wollen viele Frauen erwerbstätig und ökonomisch unabhängig sein“ (3) –, andererseits mit dem defensiven Hinweis darauf, dass „die Grundeinkommensdiskussion bisher jenseits der feministischen Care-Ökonomie geführt wurde“ (4). Nachdem sie die inzwischen auch im Mainstream der BGE-Debatte weitgehend zurückgenommene Euphorie über ein vermeintliches Allheilmittel BGE³⁴ mit den üblichen bedenkenswerten Argumenten gebremst haben, diagnostizieren die Autorinnen aufgrund eines Vergleichs der schwedischen und schweizerischen Staatsausgaben im Pflege- und Erziehungsbereich einen „riesigen Nachholbedarf der Schweiz“ (5), der seinerseits die Forderung nach vermehrter gezielter „Subvention der notwendigen Arbeit“ (7) untermauert. Dem BGE wird also die Forderung nach einem staatlich massiv geförderten Care-Sektor gegen-

33 WIDE (Women in Development Europe) Switzerland, Aus der Sicht der feministischen Ökonomie: Kritische Einwände zum bedingungslosen Grundeinkommen, o.O. 24. Mai 2012 http://www.wide-network.ch/pdf/Publi-Hinweise/WIDE-Debattierclub_Grundeinkommen_2015_05_24.pdf (Die in Klammern gesetzten Seitenzahlen bis zum Ende meines Textes beziehen sich auf diesen Text.) (29/07/14)

34 Vgl. dazu z.B. Ronald Blaschke, Teil der Lösung. Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen, Zürich 2013.

übergestellt, durch den sich das Arbeitsplatzangebot für entsprechend qualifizierte Frauen und Männer bedeutend ausweiten würde und der dazu beitragen würde, dass immer größere Anteile der heute noch gratis geleisteten Care-Arbeit in reguläre Berufsarbeit transformiert würde. – Die Frage, wie sich die Eidgenossenschaft dazu bewegen ließe, die geforderten Investitionen auch tatsächlich zu tätigen und wie mit dem danach immer noch beträchtlichen „Rest“ unbezahlter Care-Arbeit in Privathaushalten verfahren werden soll, bleibt unbeantwortet.

Für eine theoretische Neuorientierung (nicht nur) der Grundeinkommensdebatte

Im Schlusskapitel „Überlegungen zu gesellschaftlichen Fragen der Zukunft“ (8f) geben die Autorinnen des WIDE-Papiers zu erkennen, dass sie trotz ihrer Einwände „die Kritik an der aktuellen gesellschaftlichen Organisation von Arbeit und Einkommen mit den BefürworterInnen des BGE teilen.“ (8) Auch sie sind überzeugt, dass immer mehr Menschen mit dem Problem konfrontiert sind, „sinnlose, ökologisch zerstörerische und zunehmend prekarierte Erwerbsarbeit leisten zu müssen“, und dass sich „insbesondere im Care-Sektor das [...] Problem der Fremdbestimmung durch eine [...] dysfunktionale [...] Organisation der Arbeit“ (8) stellt. Weil sie allerdings die Möglichkeit, ihren Überlegungen eine postpatriarchal erneuerte ökonomische Theorie zugrunde zu legen, nicht in Betracht ziehen, beschränken sie sich hinsichtlich der zukünftigen Ordnung des Zusammenlebens auf unsystematische Randbemerkungen.

Mir scheint es heute aber an der Zeit,³⁵ sich nicht länger mit fragmentiert-defensiver Kritik an einer Konstellation zu begnügen, in deren Zentrum fundamentale Widersprüche längst auf Lösung warten: Warum sollte ich mich damit abfinden, dass der wissenschaftliche wie mediale Mainstream Wirtschaft noch immer einerseits als arbeitsteilige Bedürfnisbefriedigung versteht, andererseits die nichtmonetär organisierte arbeitsteilige Bedürfnisbefriedigung – und damit etwa die Hälfte des definierten Gegenstandsbereichs – unbeachtet lässt? Warum sollte ich dieser Fehlwahrnehmung nicht entgegenreten, indem ich eine schlüssige ökonomische Theorie entwerfe, die die *Bedürftigkeit aller*, statt den immer schon von vielen unsichtbaren Händen wohlversorgten, nur scheinbar freien „homo

35 Vgl. dazu Ina Praetorius, Nicht viel Neues in der feministischen Ökonomie [http://www.bzw-weiterdenken.de/2010/01/nicht-viel-neues-in-der-feministischen-okonomie/\(29/07/14\)](http://www.bzw-weiterdenken.de/2010/01/nicht-viel-neues-in-der-feministischen-okonomie/(29/07/14))

oeconomicus“ ins Zentrum stellt?³⁶ Warum sollte ich, statt das Wirtschaften weiterhin gehorsam als einen exklusiven gesellschaftlichen *Sektor* misszuverstehen, dem eine sinnstiftende „Lebenswelt“ gegenübersteht, es nicht neu als einen *Aspekt* konzipieren, der alle Bereiche des Zusammenlebens – von der Wiege bis zur Bahre – durchdringt? – An anderer Stelle habe ich eine solche Neukonzeption des Ganzen schon als „Ökonomie der Geburtlichkeit“³⁷ bezeichnet und skizziert. Wer nämlich die menschlichen Neuankömmlinge – statt, getreu der aristotelischen Zweiteilung, den erwachsenen Mann-Menschen – in die Mitte des Nachdenkens über arbeitsteilige Bedürfnisbefriedigung stellt, kommt wie von selbst auf eine realistische Neukonzeption des Ökonomischen. Wird diese Möglichkeit einer postpatriarchalen Rekonstruktion des Ganzen³⁸ ergriffen, so erscheint das Projekt des bedingungslosen Grundeinkommens mit seiner programmatischen Aufkündigung des nur scheinbar allgemeinen Verteilprinzips „Lohn für Leistung“ als anschluss- und zukunftsfähiger als das Konzept eines lohnarbeitsbasierten staatlich subventionierten Care-Sektors in Kontinuität zum Ideal der „Vollbeschäftigung“. So wichtig nämlich das Prinzip „Lohn für Leistung“ oberhalb der gesicherten Existenz sein und bleiben mag, so wenig taugt es für die Organisation basaler Bedürfnisbefriedigung. Die Autorinnen des WIDE-Diskussionspapiers weisen selbst zumindest in Randbemerkungen in diese Richtung, wenn sie sich etwa gegen berechenbare Leistung als Maßstab der Lohnbemessung wenden, stattdessen für „die Bezahlung der [...] aufgewendeten Arbeitszeit“ (9) plädieren. Sogar strikten Befürworterinnen einer möglichst vollständigen Transformation unbezahlter Care-Tätigkeiten in reguläre Lohnarbeit kann nämlich nicht verborgen bleiben, dass dieses Programm notwendigerweise an Grenzen stößt, insofern Caretätigkeiten sich nicht nur von Fall zu Fall, sondern substantiell der kapitalistischen Verwertungslogik widersetzen: Wie sollte ich „gerecht bezahlen“, dass meine Mutter mich neun Monate lang in sich herumgetragen und nach meiner Geburt nicht in den nächsten Mülleimer geworfen hat? Wie sollten wir die vorerst noch ungebrochene Bereitschaft der Natur, all das zu liefern, woraus wir „Kultur“ machen, in Lohnarbeit übersetzen?

36 Vgl. Ina Praetorius, Wir sind alle fürsorgeabhängig. Ein Update zum Thema „Care-Ökonomie“, in: *Diakonia* 4/2012, 261-266.

37 Ina Praetorius, Die Ökonomie der Geburtlichkeit. Eine postpatriarchale Perspektive, in: *Concilium* 5/2011, 546-554. Vgl. auch http://www.frauenwerk.nordkirche.de/docs/ina_praetorius.pdf (11/08/14)

38 Vgl. Anm. 29.

In einem meiner straßenphilosophischen Gespräche im Rahmen der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative hat ein Gesprächspartner dieses Kern-dilemma der androzentrischen Ordnung pointiert auf den Begriff gebracht: Ich hatte ihm erläutert, der Glaube an die „unsichtbare Hand des Marktes“ sei doch nichts weiter als die trickreiche Verstaung unzähliger zuarbeitender, vorwiegend weiblicher Hände in einem quasi-göttlichen Konstrukt. – Mein Gesprächspartner dachte einen Moment nach, nickte dann und meinte: „Ja, im Prinzip haben Sie Recht... Aber wir können doch nicht Gott bezahlen!“ – Eben! Weil auch ich der Meinung bin, dass sich die vorerst noch vor allem vom weiblichen Teil der Menschheit praktizierte „göttliche“ Bereitschaft, einander auch ohne finanzielle Anreize überleben und leben zu lassen, letztlich nicht in Lohnarbeitsverhältnisse übersetzen lässt, halte ich ein konsequent postpatriarchal gedachtes bedingungsloses Grundeinkommen gegenüber dem Konzept eines staatlich subventionierten Care-Sektors für die zukunftsfähigere Option.

Ina Praetorius, Kirchenrain 10, CH-9630 Wattwil

E-Mail: i.praetorius@bluewin.ch

Homepage: <http://www.inapraetorius.ch>